

ZG07020101

Publikationsdatum: 2007-02-01

### Österreichisches Regierungsprogramm: Wenig ermutigende Signale in Richtung Familienförderung und Lebensschutz

WIEN, 1. Februar 2007 ([ZENIT.org](http://ZENIT.org)).- Das „Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik“ ([IMABE](http://IMABE)) hat das Programm der neuen österreichischen Regierung kritisiert: In Sachen Lebensschutz und effektive Förderung der Familie hätten sich die verantwortlichen Politiker „vor klaren Zielsetzungen gedrückt“, heißt es in einer kürzlich veröffentlichten Presseerklärung.

Das im [Regierungsprogramm](#) enthaltene Kapitel „Familie“ werde rein numerisch als Randthema behandelt. In dem 167 Seiten dicken Dokument mache es gerade einmal 8 Seiten aus.

Familie als Querschnittsthema durch alle Gebiete fehle. Dabei wäre angesichts der demografischen Entwicklung eine „Familienoffensive“ zumindest ebenso vordringlich wie die „Schutzhüttenoffensive für saubere Alpen“, konstatierte Günther Danhel, Direktor des Instituts für Ehe und Familie am 16. Januar in der „Wiener Zeitung“.

„Aus bioethischer Sicht erstaunt es, dass Themen, die den Schutz der Person von der Empfängnis bis zur Terminalphase betreffen, praktisch ignoriert werden“, bedauert IMABE. Österreichs Position auf EU-Ebene gegen die embryonale Stammzellenforschung und das Klonen müssten auch gesetzlich klar verankert werden, ebenso ein Nein zu eugenischen Tendenzen, wie sie der Gen-Check von Embryonen durch die Präimplantationsdiagnose oder die Euthanasie darstellen. Sich bloß für eine „gentechnikfreie Landwirtschaft“ einzusetzen, sei bioethisch und auch biopolitisch zu wenig.

Das „Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik“ mit Sitz in Wien steht unter der Patronanz der österreichischen Bischofskonferenz. Seine Aufgabe ist es, die Medizin in Forschung und Praxis unter dem besonderen Aspekt der Würde des Menschen auf der Grundlage des christlichen Weltbildes zu betreiben und zu fördern. Mitglieder sind Ordensträger, die in Österreich Spitäler unterhalten, sowie die österreichische Bischofskonferenz und Privatpersonen.

Bischof Küng zur Familienpolitik

Der Sankt Pöltner Diözesanbischof DDr. Klaus Kung, der innerhalb der Österreichischen Bischofskonferenz für die Belange der Familien zuständig ist, hatte sich am 23. Januar skeptisch zu Aussagen der neuen Familienministerin Kdolsky (ÖVP) zu Wort gemeldet: „Anscheinend bedeutet für einige ‚bunter, breiter, offener‘ vor allem das Abgehen von der Ehe zwischen Mann und Frau als Grundlage der Familie sowie insbesondere die Zulassung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit der Zusicherung eines festen rechtlichen Rahmens für alle. Auch die Frage ‚Kinder‘ scheint nach diesem Konzept geradezu sekundär.“

Bischof Küng wies darauf hin, dass „diese Art von ‚Buntheit, Offenheit und Weite‘ einem Verlust an Wahrnehmung der realen Probleme unserer Gesellschaft“ gleichkomme. Und er fügte hinzu: „Die zu geringe Kinderzahl gehört zu den größten Herausforderungen, denen wir uns heute besonders stellen müssen. Und Kinder brauchen für ihre harmonische Entwicklung ihrer Persönlichkeit beide, Vater und Mutter, und zwar die eigenen.“

Es sei nicht Aufgabe der Politik, jede Änderung von „Lebenswirklichkeiten“ einfach bedingungslos anzunehmen. „Ihre Aufgabe müsste es vielmehr sein, eine gesunde Entwicklung im Land zu fördern und dafür gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Ob das durch diese neu in Diskussion gebrachten Ansätze gelingt, ist mehr als zu bezweifeln. Eines ist die Beachtung der persönlichen Rechte und der persönlichen Würde homosexueller Menschen, etwas anderes ist die Erkenntnis, dass nur die Familie auf der Grundlage der Ehe zwischen Mann und Frau eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft ermöglicht. Das Modell, das Zukunft hat, ist die Familie auf der Grundlage der Ehe.“